Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummer 10 Pfge.
Auflage 35000 Exemplare.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärtiger Bankerhäuser u. Sagler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Für Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Nachnahme. Nicht Gilben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co.,
Bankgeschäft,
Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

Nacht-Telegramme.

Berlin, 7. Mai. Der „Reichsanzeiger" publicirt einen Erlaß Bismarcks an die preußischen Gesandten bei den Bundesstaaten, worin er mittheilt, daß die vereinigten Zoll- und Handelsausschüsse des Bundesraths in der Hamburger Frage einstimmig beschlossen, dem Bundesrathe über die technische Seite der Anträge Preußens und Hamburgs Bericht zu erstatten, ohne die Verfassungsfrage zur Entscheidung zu stellen. Bismarck werde jede Gefährdung der Eintracht der Bundesstaaten abzuwenden suchen, vorausgesetzt, daß die verbündeten Regierungen einig sind und versuchen, von den Reichstagsmitgliedern im Sinne der Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte des Bundesraths einmüthig entgegen zu treten.

Stuttgart, 7. Mai. Steinbeis, Präsident der Centralstelle für Zwecke des Handels, tritt demnächst zurück.

Hannover, 7. Mai. Justizminister Leonhardt ist heute Nachmittag 2 Uhr gestorben.

Ed. Hirschfeld's
Reitbahn und Tattersall
und Pensionsstallungen
2 Struvestrasse 2.
Annahme von Pensionspferden.

Nr. 129. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Wolkig bis trübe, zeitweise Niederschläge, Temperatur dieselbe. **Dresden. Sonnabend, 8. Mai.**

Politisches.

Heute gebührt einer edlen, muthigen Frau der Vortritt. Suche der Leser in der „Tagesgeschichte" die kleine Geschichte auf von der Frau Dr. Pauline Willim, geb. Herzogin von Würtemberg. Es ist ein wahrer Hochgenuß, in diesen Tagen, wo fast nur Männer voller Selbstsucht, Eitelkeit und Hochmuth die politische Schaubühne einnehmen, einem hochherzigen Frauencharakter zu begegnen. Einem? Nein, binnen kurzer Zeit gleich dreien. Vor wenigen Jahren hat eine augustenburgische Prinzeß dem berühmten Chirurgen Professor Esmarch in Kiel die Hand gereicht; vor 14 Tagen nahm eine hannöversche Königstochter einen simplen Baron Ramminger zum Mann und nun bezieht eine Herzogin von Würtemberg die bescheidene Wohnung eines schlesischen Landdoktors als dessen Eheweib. Es ist öfters vorgekommen, daß Männer aus jenen erlesenen Geschlechtern, die in dem Himmel des gotha'schen Hofkalenders als gleichberechtigt glänzen, Töchter bürgerlicher Eltern heimführten. Sie erhoben sie zu ihren rechtmäßigen, wenn auch nicht ebenbürtigen Gattinnen, ohne dabei selbst etwas an Rang, Titeln, Stellung und Mitgliedschaft des erlauchten Hauses zu verlieren. Herzogin, Fürstin, Landesherrin zu werden, dieser glänzende Mädchentraum ist mancher Jungfrau erfüllt worden, deren Liebesehrgeiz einen hohen Flug nahm. Aber daß eine hochgeborene Prinzessin königlichen Geblütes aus dem Thronhimmel herabschreitet, um unter den Söhnen der Erde einen Mann zu freien, das erfordert eine Liebesdemuth, die eine der selteneren Eigenschaften des weiblichen Herzens ist. Eine so hochdenkende fürstliche Frau verliert hierdurch Rang, Titel und Würden, sie wird aus dem Kreise, worin sie ihre Jugend zugebracht, ausgeschlossen, verliert alle Familienrechte, zuletzt auch den Namen. In verletzendem Amtsstyle wird sie erst zur Bürgerlichen degradirt. Die rechtmäßige Frau eines Arztes darf sich nicht mehr des Titels „königliche Hoheit" bedienen. Daß sie freudig auf diese Aeußerlichkeit verzichtet, hat Frau Dr. Willim vor Gott und Menschen in der schlesischen Dorfkirche bei ihrer Trauung ausgesprochen, als ihr der Hofprediger vorhielt, auf was Alles sie verzichte. Früher befleißigten sich die Hofprediger nicht immer eines so submissen Tones und mitunter sagten sie den Fürsten die ungeschminkte Wahrheit. Hier muß erst eine deutsche Fürstentochter dem Hofprediger den Standpunkt klar machen, daß nicht in Rang und Aeußerlichkeiten wahres Menschenglück ruht und daß Frau Dr. Willim dies in so trefflicher Weise gethan, sichert ihr einen Platz in der Ehrengalerie deutscher Frauen.

Von dieser leuchtenden Frauengestalt, aus den Regionen reinen Empfindens und edlen Handelns, zurück in das Getriebe des Alltagslebens mit seinem niederen Treiben! Dieser Tage waren es 38 Jahre, daß Hamburg von dem großen Brande zerstört wurde. Eine 3 Tage wüthende Feuersbrunst legte vom 5. bis 8. Mai 1842 auf 75 Straßen 4219 Gebäude in Asche, 19,995 Personen wurden obdachlos, den Schaden berechnete man auf über 18 Millionen Thlr., Mittelst Sammlungen kamen $2\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. Unterstützungsgelder ein. Hamburg hat das Liebeswerk, an dem sich ganz Deutschland betheiligte, bekanntlich nicht sehr patriotisch erwiedert. Redensarten von Deutschlands Größe, nationaler Einheit u. s. w. hatten die Hanseaten allezeit in noch größeren Vorräthen, als selbst Kaffeebohnen; für Industrie, Ackerbau und Gewerbe in Deutschland selbst waren sie sehr selten zu Hause. Dieselbe Handelsgilde „Ein ehrbarer Kaufmann", der jetzt in der Börsenhallenversammlung ausruft: „Die Bosheit Davoust's hätte Hamburg nicht so mitgespielt, wie es heute geschehe", hat stets in hochtrabenden Resolutionen Beifall geklatscht, wenn es den Rechten der deutschen Mittelstaaten an den Kragen ging. Die Hamburger Nationalliberalen waren noch rabiatere Einheitsstaatsfanatiker als selbst die Leipziger und das will was sagen. Mag sich Leipzig an Hamburg ein Beispiel nehmen, wohin solches Verhalten führt! Es schützt vor Nichts. Jetzt brennt's an der Alster und Elbe in den Gemüthern so heiß, wie vor 38 Jahren auf den Straßen. Der Bundesrath, an den der Hamburger Protest mit seinen 60,000 Unterschriften in 8 Heften gelangt ist, wird, wir zweifeln nicht daran, den neuen Hamburger Brand löschen. Er wird nicht die Zollamputation St. Paulis dulden. Dies umsoweniger, als Altona ebenfalls gegen die Maßregel protestirt. Altona sagt: „entweder bleibe Alles wie es ist, oder ganz Hamburg trete mit uns in den Zollverein. Der Eintritt von blos St. Pauli schädigt uns nur". Die Verfassung aber verletzen, Hamburg schädigen ohne Altona zu nützen — das wird der Bundesrath nicht thun. Dem Fürsten Bismarck liegt sehr daran, daß über die Verfassungsfrage nicht viel geredet wird. Die beiden Hamburger Abgeordneten, die er in Audienz empfing, sind nicht sehr erbaut von seinen Ansichten in diesem Punkte von ihm gegangen. Fürst Bismarck entschloß sich auch besonders deshalb so rasch, auf eine Durchberathung seiner Steuerobjekte zu verzichten, damit nicht noch der Reichstag einen Antrag gegen die Verfassungsmäßigkeit des preußischen Vorgehens gegen Hamburg annehme. Bismarck billigte den Reichstagsschluß schon für den 11. Mai, damit nicht noch Zeit sei, die Hamburger Affaire im Reichstage vorzunehmen. Dieselbe wird im Laufe der Zeit damit enden, daß Hamburg und Bremen freiwillig auf ihre Freihafenstellung verzichten. Damit aber dann nicht ein Theil des hanseatischen Handels mit Colonialprodukten nach Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen und Havre übersiedle, empfiehlt sich das einfache Mittel, daß die aus jenen ausländischen Häfen eingeführten Colonialwaaren einen Zuschlagszoll zahlen, während sie, über Hamburg und Bremen eingeführt, nur den Normalsatz entrichten. Dann bleibt die Handelsgröße der deutschen Seestädte erhalten, diese aber gehören als unprivilegirte Glieder dem deutschen Binnenlande an.

Alle Steuerpläne fallen jetzt im Reichstag unter den Tisch. In der betr. Kommission wurde die Quittungssteuer mit allen gegen 1 Stimme abgelehnt. Diese eine Stimme gehörte dem Grafen Wilhelm Bismarck an. Man sieht: das Schauffement seines Herrn Vaters wegen der Stempelsteuer auf Quittungen war nicht so nöthig, denn, ob sie der Bundesrath annahm oder ablehnte — der Reichstag verwirft sie mit dem ganzen Quittungsstempel doch! Ueber die Beschlüsse des Reichstages wegen der Innungen müssen wir uns ein Wort bis nach Schluß des Reichstages aufheben.

Unter den auswärtigen Ereignissen wird die Erhebung der Albanesen viel besprochen. Diese muthigen Bergstämme zählen nach ihren Versicherungen 3 Millionen Menschen; Andere taxiren sie auf etwas über $1\frac{1}{2}$ Millionen. Sie bilden eine eigene Nationalität und sind weder Slaven, noch Griechen, noch Türken. Städte giebt es wenig und nur kleine in Albanien; Viehzucht und armseliger Ackerbau auf unfruchtbaren Kalkgebirgen ist das Hauptgewerbe der Albanesen, die als kriegerisch und streitsüchtig von jeher bekannt sind. Sie zerfallen ihrem Glauben nach in Muselmänner, griechische und römische Katholiken. Die letzteren sind die wenigst zahlreichen, die Bekenner des Islam mögen über $\frac{1}{2}$ Million zählen. Bei den Christen herrschte bisher zwischen Denen, die das Kreuz von links nach rechts schlagen und Denen, die es in umgekehrter Richtung thun, noch mehr Feindschaft, als zwischen den Christen überhaupt und den Mohamedanern. Die Anhänger aller dreier Religionen aber sind einig in dem glühenden Wunsche, nicht zwischen Griechen, Serben und Montenegrinern zerstückelt zu werden. Sie wollen einen eigenen Staat unter einem besonderen Fürsten bilden, dem die einzelnen Häuptlinge huldigten, welche den Stämmen in ihren Bergen bisher vorstanden. Es ist nicht abzusehen, warum Europa dies nicht zugeben wollen soll. Ein selbstständiges Albanien befreit sich von der Türkenherrschaft. Das ist kein Schade. Wenn Montenegro keinen Fetzen albanischen Gebiets sich abreißt, weil ihn die Eingeborenen nicht hergeben, so wird sich Europa nicht echauffiren. Mögen diese bewaffneten Schafhirten sehen, wie sie mit einander fertig werden! Uebler stehts mit der Gebietsvergrößerung, die Europa den Griechen gewähren will, wozu es einen Theil des von Albanesen griechischen Glaubens bewohnten Epirus, Thessaliens und Macedoniens bedarf. Aber lasse man doch diese Völker das mit einander ausmachen! Wir sehen nicht ein, wie der Aufstand der Albanesen gefährlich für den Frieden Europas zu werden brauchte, wenn nicht Rußland im Stillen hetzte.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 7. Mai. Reichstag. Die Kontrole des Reichshaushalts sowie des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen pro 1879/80 wird debattelos der preußischen Ober-Rechnungskammer unter der Benennung „Rechnungshof des deutschen Reichs" übertragen und sodann die Verlängerung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags bis Ende Juni 1881 genehmigt. Sonnemann fürchtet, daß mit der Schweiz kein neuer Handelsvertrag abgeschlossen, sowie daß der deutsch-schweizerische Handel durch die Arlbergbahn ꝛc. wesentlich werde geschmälert werden. Aus einem Schreiben des Reichskanzlers an den Abg. Moske gehe hervor, daß die Einführung einer surtaxe d'entrepots (Zuschlagszoll für die aus ausländischen Seehäfen in Deutschland eingeführten Kolonialwaaren, s. Leitartikel) beabsichtigt sei. Dadurch würde der süddeutsche Handel am empfindlichsten geschädigt. (Es werde in Deutschland nicht eher besser werden, als bis die steten Beunruhigungen in handelspolitischer Beziehung beseitigt seien. Es folgt die Lesung des Wuchergesetzes. Dr. Schulze-Delitzsch gegen den Entwurf, da es andere und einzig richtige Wege gebe, gegen den Wucher vorzugehen. Das Gesetz werde unwirksam bleiben; es werde nur bewirken, daß die Wucherer infolge des größeren Risikos größere Vermögensvortheile zu erreichen trachten würden. Mißbräuchen lasse sich überhaupt nicht durch Gesetze allein beikommen. Dr. Marquardsen widerlegt die Bedenken des Vorredners. Rickert gegen das Gesetz, das nicht nur unwirksam, sondern auch schädlich sein werde. Richter-Hagen spricht in gleichem Sinne. Reichensperger-Olpe für den Entwurf. Marcard gleichfalls für den Entwurf. v. Kardorff hält den Entwurf für ein Experiment, dessen Erfolg erst abzuwarten. Wenn sich das Gesetz nicht bewähre, so wünsche er, daß etwas an dessen Stelle gestellt werde und das sei die Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit. Dr. Windthorst befürwortet gleichfalls Beschränkung der Wechselfähigkeit. Richter-Hagen will keine Experimente auf gesetzgeberischem Gebiete. Dr. Klügemann plaidirt sehr lebhaft dafür, daß dem Wucherer der Anspruch auf die gesetzlichen Zinsen aus Wuchergeschäften bleibe. (Nach dem Entwurfe müssen sämmtliche von dem Schuldner oder für ihn geleistete Vermögensvortheile zurückgewährt und verzinst werden.) Lieber vertheidigt die Vorlage. Lasker führt seine Bedenken gegen das Gesetz nochmals vor. Staatssekr. Dr. v. Schelling entgegnet, daß es auch nach den strengsten Rechtsbegriffen gerechtfertigt sei, dem Wucherer jeden Vermögensvortheil zu entziehen. Der Wuchergesetz-Entwurf wird hiernach mit großer Mehrheit angenommen. Darauf begründet Graf v. Bismarck die von ihm beantragte Resolution: der Reichskanzler soll eine Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit in Erwägung ziehen. Der Antrag ist unter Anderem von den sächsischen Abgeordneten Dieze, Grützner, Reich und Richter-Meißen unterstützt. Der Antragsteller wünscht namentlich, daß durch Anlage von Registern dafür gesorgt werde, daß nur die in dieselben eingetragenen Personen, nach Erfüllung bestimmter gesetzlich näher festzusetzender Bedingungen, die Wechselfähigkeit erlangen, und zwar will er Beamte, Militärs, Frauen, kleine Handwerker und Arbeiter der Wechselfähigkeit entkleidet wissen. Staatssekretär Dr. Schelling ist von den verbündeten Regierungen zu einer Erklärung über den Antrag Bismarck's nicht ermächtigt. Verflossenes Jahr hätten sich die verbündeten Regierungen mit dieser Angelegenheit auf Grund des Antrages Reichensperger beschäftigt, seien aber zu einem ablehnenden Beschlusse gelangt. Dr. Beseler erklärt die Beschränkung der Wechselfähigkeit für das allgemeine Recht gefährlich und erntet dafür den lauten Beifall der Linken und unwilliges Murren und Zischen seitens der Rechten. Dr. Reichensperger-Olpe im Interesse einer eingehenden Erörterung der fraglichen Angelegenheit für die Resolution Bismarck. Dieselbe wird schließlich in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 99 St. angenommen. Von den anwesenden sächsischen Abgeordneten stimmten mit Ja: Ackermann, Dieze, Dr. Freye, Grützner, v. König, Reich und Richter-Meißen, mit Nein: Eysoldt, Holtzmann, Landmann, Dr. Rentzsch und Dr. Stephani. Endlich wird das Gesetz, betr. die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Lasker beantragt den Antrag bez. St. Pauli auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Infolge Widerspruchs erklärt Lasker: Man scheine der Entscheidung aus dem Wege gehen zu wollen. Windthorst verwahrt das Centrum dagegen. Schließlich wurde Lasker's Antrag abgelehnt.

Berlin, 7. Mai. In Reichstagskreisen wird die Nachricht verbreitet, Bismarck verzichte darauf, die Vorlage wegen St. Pauli's machen zu wollen. — Die Stempelsteuergesetz-Kommission lehnte die Besteuerung der Lombarddarlehne ab. Es gilt als gewiß, daß die preußische Regierung vom Landtage die diskretionären Befugnisse zur Ausführung der Maßgesetze nachsuchen werde. — Die Kommission für die Elbschifffahrtsakte beschloß unter Vorbehalt, daß die bestehende Zollgrenze nur durch ein Gesetz an eine unterhalb dieser Grenze gelegene Stelle verlegt werden darf. Die „Norddeutsche" sagt, wenn der Reichstag diesen Vorbehalt annehme, würde die Vorlage für diese Session erledigt. — Bei der heutigen Landtagswahl im vierten Berliner Wahlbezirk wurde Hermes (Fortschritt) fast einstimmig gewählt.

Berlin, 7. Mai. Die Reichstagskommission beschloß, die Elbschifffahrtsakte nur mit der Aenderung anzunehmen, daß die auf der Elbe bestehende Zollgrenze nur durch ein Gesetz an die unterhalb dieser Grenze gelegene Stelle verlegt werden kann. Dieser Antrag wurde mit Rücksicht auf Hamburgische Verkehrsinteressen beschlossen. Minister Hofmann erklärte, die Annahme dieses Antrages würde das Zustandekommen der Elbschifffahrtsakte gefährden.

Italien. Die römischen Klerikalen enthalten sich auf eine Weisung der Kurie der Betheiligung an der Parlamentswahl.

London, 7. Mai. Das Schulschiff „Atalanta" gilt nun, da das ausgesandte Geschwader keine Spur von ihm fand, mit seinen 300 Seekadetten für verloren.

Locales und Sächsisches.

— Ihre Majestät die Königin begab sich gestern Nachmittag nach Berlin zum Besuche der Prinzessin Friedrich von Hohenzollern. Auch gilt der Besuch mit der Besichtigung der Fischereiausstellung. S. M. der König hat bekanntlich für dieselbe einen Ehrenpreis gestiftet.

— Der Zoll- und Steuerdirector Wahl, welcher schon seit vielen Monaten wegen schwerer Erkrankung keinen Dienst that, ist jetzt, geehrt durch das Comthurkreuz 2. Kl. vom Verdienstorden, in den Ruhestand versetzt worden.

— Der Vorstand der größten Amtshauptmannschaft des Königreichs, Amtshauptmann Berndt, ist, wie wir hören, als Geh. Regierungsrath und Stellvertreter des Kreishauptmanns nach Bautzen bestimmt. Er tritt an Stelle des Geh. Regierungsrath Edelmann, welcher als Vorstand der Brandversicherungskommission nach Dresden kommt. Wer den Amtshauptmann Berndt in Dresden ersetzt, ist noch nicht bekannt, die neue Amtshauptmannschaft in Dresden-Neustadt soll Amtshauptmann v. Metzsch in Oschatz erhalten.

— Am Himmelfahrtstage waren unter Führung des zweiten Vicepräsidenten des Reichstages, Abg. Ackermann, eine Anzahl hochstehender Abgeordneter aus Berlin nach Dresden herübergekommen. Man sah die Herren v. Frankenstein, ersten Vicepräsidenten des Reichstages, und die Abgg. v. Schlewitz (den früheren Präsidenten) und Herrn v. Kleist-Retzow. Die Herren speisten bei Meltzer Fiedler auf der Terrasse zu Mittag und besuchten Abends die k. Oper.

— Die peinliche Pünktlichkeit, mit welcher Seiten des Gerichts bei dem Beginn von Terminen verfahren wird, sofern von Gerichtswegen selbst ein zeitliches Hinderniß nicht vorliegt, ist neuerdings in mehreren Fällen für die Parteien von üblen Folgen gewesen. So kam es mehrfach vor, daß wegen nicht präcisem Erscheinen des Privatklägers zur anberaumten Zeit, sofern derselbe nicht durch einen Rechtsanwalt vertreten war, auf Zurückweisung der Klage erkannt und Kläger zur Tragung der bereits aufgelaufenen Kosten verurtheilt wurde. Ja, ein vielbeschäftigter, äußerst pünktlicher Rechtsanwalt mußte vor wenigen Tagen eine ähnliche schlimme Erfahrung machen, trotzdem derselbe kaum 5 Minuten nach der festgesetzten Terminszeit und nachdem er nur eine sehr dringende Beschäftigung noch erledigt hatte, im Verhandlungssaale erschien. Der Umstand, daß an den Tagen, zu welchem eine Anzahl Termine hintereinander anberaumt sind, die Herren Rechtsanwälte und das Publikum oft stundenlang über die anberaumte Zeit hinaus warten müssen, ist freilich auch kein angenehmer.

— In der 1. Etage des königlichen Schlosses wird der sogen. kleine Speisesaal umgebaut, da er in altdeutschem Style als Banquetsaal eingerichtet werden soll.

Von gutunterrichteter Seite wird uns die Mittheilung, daß die aus dem „Briefmarken-Anzeiger" entnommenen, in gestriger Nummer dieses Blattes enthaltenen Verdächtigungen gegen den Chemiker Nieske hier sich als völlig unwahre herausgestellt haben; vor allen Dingen ist von einer Untersuchung gegen denselben gar nichts bekannt. Herr Nieske führt die Verläumdungen einfach auf Concurrenzneid des bereits wegen Falschelds bestraften Herausgebers des „Allgemeinen Briefmarken-Anzeigers", W. Grohmann hier, zurück. Herr Nieske versichert uns, daß er weder Präsident eines Philotelisten-Vereins ist, noch daß das von demselben fabricirte Präparat Menyl von einer Behörde verboten worden sei. Das Weitere gegen den Urheber des verläumderischen Artikels wird Herr Nieske selbstverständlich einleiten.

— Des bevorstehenden Pfingstfestes wegen tritt bei der Sächsisch-Böhmischen Dampfschifffahrt der Sommerfahrplan schon von Sonntag den 9. Mai an in Kraft. Nur geringe Veränderungen enthält diese Fahrordnung gegen die vorjährige; nur für die beiden Fahrten Abends von Schandau resp. Herrnskretschen nach Dresden haben sich die Abfahrtszeiten als zu spät erwiesen und, den Wünschen des Publikums wie immer entsprechend, sind dieselben auf etwas früher verlegt worden. Es fährt sonach in diesem Jahre schon ein Dampfschiff Nachm. 4,30 (im vorigen Jahre um 5 Uhr) von Schandau nach Dresden, während die letzte Abfahrt anstatt Nachm. 5,45 schon 5 Uhr von Herrnskretschen nach Dresden stattfindet. Die bekannten halbstündigen Fahrten zwischen Dresden-Blasewitz resp. stündlichen Fahrten zwischen Dresden-Pillnitz sind auch in diesem Jahre beibehalten. Eine lohnende Benutzung der reichlich gebotenen Verkehrsgelegenheit ist der rührigen Gesellschaft nur zu wünschen!

— Der sächsische Ingenieur Neumeister, welcher in Rußland, wie bereits mitgetheilt, seine Aehnlichkeit mit dem Attentäter Hartmann durch mehrmonatliche Gefängnißhaft und nachherige Ausweisung aus Rußland zu büßen hatte, liegt typhuskrank im Krankenhause zu Thorn in Preußen, doch ist er bereits außer Gefahr. Seine Mutter, welche aus Sachsen dort eingetroffen ist, soll Schritte gethan haben, um zu veranlassen, daß die Angelegenheit ihres Sohnes auf diplomatischem Wege klargestellt werde. Die im Dienste Rußlands arbeitende Presse